

Auch Rosa Luxemburg aussortiert

In Wolfenbüttel diskutierten Bibliothekare über die Bücherpolitik der Besatzungsmächte nach 1945

Im Oktober 1945 verließ ein Jeep mit ganz unmilitärischer Ladung das amerikanische Quartier Bad Homburg in Richtung Süddeutschland. Das Fahrzeug war beladen mit Büchern, Hunderten von verlagsfrischen Probeexemplaren. Die Besatzung des Jeeps war mit einem Auftrag des Office of War Information gestartet, in dem kriegszerstörten, zerrissenen, hungernden Land wenigstens das Verlangen nach lange entbehrt freier Lektüre zu lindern. Man bot den wieder aktiv werdenden deutschen Buchhändlern eigens zu diesem Zweck angefertigte Übersetzungen amerikanischer Literatur zum Vertrieb an. Mehr als eine Million Taschenbücher sind auf diese Weise vermittelt worden.

An die Fahrt des Jeeps erinnerte Antje Lemke-Bultmann von der Syracuse University im Staat New York auf einer Tagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte. Thema der von Peter Vodosek und Joachim-Felix Leonhard geleiteten Veranstaltung war die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland von 1945 bis 1965. Die geschilderte Aktion ist ein Beispiel für den bemerkenswert früh einsetzenden Beitrag der westlichen Besatzungsmächte zum Wiederaufbau der Lesekultur und des Bibliothekswesens. Vor allem die Amerikaner hatten sich seit Jahren darauf vorbereitet und agierten mit großem Sendungsbewußtsein, um die Leser in Deutschland zur Demokratie zu erziehen. 1947 gab es in Deutschland bereits 32 Amerika-Häuser mit stark frequentierten Leseräumen und Buchausleihstellen.

Im britischen Sektor waren es Institutionen wie die „Brücke“ und ab 1948 die Bibliotheken des British Council, die eine ähnlich aktive Kulturpolitik mit dem Buch betrieben wie die Amerikaner, nur – nach englischer Art – etwas weniger planvoll. Gleichzeitig nahmen die britischen Besatzungsbehörden die Aussonderung von NS-Literatur, insbesondere aus den Volksbüchereien, sehr ernst, wie Peter A. Hoare aus Nottingham darlegte. So auch die Franzosen. An der Universitätsbibliothek Freiburg führten sie eine spezifische Art von Zensur ein, die Bestellzettelzensur. Der Bibliotheksdirektor war gehalten, jeden Buchwunsch der Benutzer auf seine Unbedenklichkeit hin zu prüfen. In der zweiten Phase der Besatzungszeit, so die Referentin Monique Mombert aus Straßburg, gingen von der französischen Militärverwaltung auch positive Impulse für den Wiederaufbau der Bibliotheken aus, was unter anderem in der Neugründung der Universitätsbibliotheken Mainz und Saarbrücken zum Ausdruck kommt.

Besonders eindrucksvoll, weil alte Maßstäbe auf den Kopf stellend, war das Bild, das Boris Voldin aus Leningrad von den Verhältnissen in der Sowjetischen Besat-

zungszone zeichnete: In der offiziellen Geschichtsschreibung sei die aktive Hilfe der Sowjetunion bisher stark übertrieben dargestellt worden. Die sowjetischen Fachleute mit ihrer traditionellen Hochachtung für die deutsche Bibliotheksorganisation hätten damals in Deutschland mehr zu lernen als zu lehren gehabt. Die Sowjetische Militäradministration habe bei der Aussonderung von Literatur, der ideologischen Überwachung und Entlassung von Bibliothekaren oder bei den Beschränkungen der Ausleihe eine unrühmliche Rolle gespielt, wenn auch die für Bibliotheksfragen zuständige Inspektorin, Galina Snimščíkova, immer wieder versucht habe, fachlichen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen.

Diese Einschätzung deckte sich weitgehend mit dem, was Alexander Greguletz vom Ostberliner Institut für Bibliothekswissenschaft vortrug. War in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende durchaus ein demokratischer Elan zu spüren gewesen – im Bibliothekswesen stand die scharfe Trennung zwischen Volksbüchereien und wissenschaftlichen Bibliotheken zur Disposition –, drängte doch bald der politische Führungsanspruch der SED alle fachlichen Reformansätze in den Hintergrund. Besonders unheilvoll verlief in der SBZ die „Säuberung“ der Bibliotheksbestände, die vom Alliierten Kontrollrat mit dem Befehl Nummer 4 vom 13. Mai 1946 angeordnet worden war. Die Aussonderungsaktionen wurden immer umfassender angelegt und erstreckten sich bald nicht mehr bloß auf nationalsozialistische und militärische Literatur. Auch in den Westzonen erschienen sozialdemokratischen und „anti-sowjetischen“ marxistischen Schriften wurde der ominöse Stempel „Geprüft, keine Beanstandungen. Säuberung vom...“ verweigert. Im Oktober 1948 mußte auf Anweisung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Band 3 der Gesammelten Werke von Rosa Luxemburg aus den Bibliotheksbeständen entfernt werden, ebenso die Reden von Karl Liebknecht wegen einer Einleitung von Wilhelm Münzenberg. Als Alternative stellte man das Heraustrennen der mißliebigen Seiten frei. Gegen Ende 1949 stand das Bibliothekswesen der DDR politisch deformiert und materiell ruiniert da.

Die Amerikaner waren diejenigen, die das am deutlichsten ausgeprägte positive Leitbild nach Deutschland gebracht hatten: Das Ideal der Public Library – ohne Bevormundung durch pädagogisch wirkende Bibliothekare und mit freiem Zugang zu den Bibliotheksregalen. Wolfram Henning zeigte, wie sich dieser Bibliothekstyp in der Bundesrepublik ganz allmählich durchsetzte. Von Berlin aus, wo 1945 von 106 Volksbüchereien 52 zerstört waren, ging mit der 1954 eröffneten Amerika-Gedenkbibliothek

ein mächtiger Impuls für die Freihandbibliothek aus. Die alten leserpädagogischen Vorstellungen, die in der Thekenausleihe ihren sinnfälligen Ausdruck fanden, waren durch die politisch ausgerichtete Büchereipolitik der Nationalsozialisten endgültig diskreditiert. Doch gab es in den fünfziger Jahren noch einmal einen Rückfall in die biedermeierliche Enge von Debatten über Schmutz- und Schundliteratur. Und an den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen wurde bis 1958 an einer pädagogischen Beschränkung der Buchausleihe festgehalten: Jeder Leser mußte, wenn er einen Roman ausleihen wollte, zugleich ein Sachbuch mit nach Hause nehmen; zwei Romane auf einmal wurden ihm nicht zugestanden.

Während in den fünfziger Jahren die konzeptionelle Neuorientierung bei einzelnen Öffentlichen Bibliotheken deutlich erkennbar wurde, veränderte sich bei den wissenschaftlichen Bibliotheken zunächst wenig. Sie waren anfangs vollauf damit beschäftigt, die immensen Schäden an Gebäuden, Katalogen und Beständen sowie den Verlust vieler ihrer Mitarbeiter zu verkraften. Schon die nationalsozialistische Bibliothekspolitik hatte zu großen Lücken bei der ausländischen Literatur geführt. Die nachträgliche Beschaffung dieser Bestände wäre gar nicht denkbar gewesen ohne die Buchspenden aus dem Ausland, die Reaktivierung alter Tauschbeziehungen mit ausländischen Partnerbibliotheken und die finanziellen Hilfen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft beziehungsweise der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Joachim-Felix Leonhard rief die damals sehr engagiert geführte Debatte über die Frage in Erinnerung, ob die Mittel auf eine einzige zentrale Institution konzentriert oder auf viele verschiedene dezentrale Bibliotheken aufgeteilt werden sollten.

Günther Pflug, der ehemalige Generaldirektor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main, beklagte, daß man damals bei den Universitätsbibliotheken die Chance eines wirklichen Neubeginns verpaßt habe. Die deutschen Bibliotheken hätten lange Zeit die Augen vor einem wichtigen Strukturproblem verschlossen: die immer zahlreicher werdenden Institutsbibliotheken, die – mit ihren unkomplizierten Benutzungsmodalitäten – dabei waren, den traditionsverhafteten zentralen Universitätsbibliotheken den Rang abzulaufen. Clemens Köttesch, der 1988 verstorbene Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, habe 1964 als erster mit einer räumlichen Neukonzeption auf dieses Problem reagiert, indem er die Verbannung der Bücher in einen verschlossenen Magazinbereich aufhob und die frei zugänglichen Lesesaalbestände erweiterte.

MICHAEL KNOCHÉ